

Das Problem wird allerdings dadurch entschärft, dass – wie das Bundesgericht im Entscheid vom 22. Februar 1994 hervorgehoben hat – die Verjährungsfrist vertraglich verlängert werden kann, und insbesondere durch den Umstand, dass die fünfjährige Frist immer dann gilt, wenn der Unternehmer und der Unterakkordant ihre vertraglichen Beziehungen der SIA-Norm 118 unterstellt haben.

Es kommt hinzu, dass die von der Motion vorgeschlagene Regelung neue Probleme schaffen könnte: Wenn der Unterakkordant (z. B. der Hersteller eines Aluminiumdachs) während fünf Jahren haftet, so läuft er seinerseits Gefahr, auf seine Lieferanten (von Rohstoffen oder Halbfabrikaten) keinen Rückgriff nehmen zu können, weil der Anspruch gegen sie, der nicht Artikel 371 Absatz 1, sondern dem Kaufvertragsrecht untersteht, bereits verjährt ist. Ferner würde sich die Frage stellen, innerhalb welcher Frist Ansprüche des Unterakkordanten gegen Unternehmer verjähren sollen, die er seinerseits mit der Herstellung von Einzelteilen oder der Bearbeitung der Sache (z. B. Bemalen des Aluminiumdachs) beauftragt hat.

Aus diesen Überlegungen ist der Bundesrat bereit, die vom Motionär vorgeschlagene Lösung zu prüfen, muss aber die verbindliche Form der Motion ablehnen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

94.3258

**Motion Hubacher**

**Besteuerung der Seeleute in der Hochseeflotte**

**Imposition des marins de la flotte de haute mer**

*Wortlaut der Motion vom 16. Juni 1994*

Wir bitten den Bundesrat, eine Gesetzesrevision vorzulegen oder geeignete Massnahmen vorzuschlagen oder zu beschliessen mit dem Ziel, den heutigen Steuerstatus der Steuerbefreiung der Seeleute in der Schweizer Hochseeschiffahrt weiterhin beizubehalten.

*Texte de la motion du 16 juin 1994*

Nous chargeons le Conseil fédéral de soumettre aux Chambres une modification de loi, de proposer des mesures ou de prendre une décision afin que les marins de la flotte suisse de haute mer restent comme aujourd'hui exonérés d'impôt.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Keine – Aucun

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Im Rahmen der Steuerharmonisierung wurde die Quellensteuer für sämtliche Seeleute auf Schweizer Hochseeschiffen eingeführt (Art. 4 Abs. 2 Bst. f, Art. 35 Abs. 1 Bst. h StHG). Dadurch wird offenbar ab 1. Januar 1995 jeder Seemann ohne Wohnsitz in der Schweiz, unabhängig von seiner Nationalität, durch Bund, Kanton und Gemeinde des Firmensitzes seiner Reederei an der Quelle besteuert. Angesichts seines in der Regel bescheidenen Einkommens kann er diese Belastung selber nicht tragen, andererseits wird die Reederei angesichts der engen Margen in der internationalen Handelsschiffahrt diese Belastung nicht übernehmen. Sie wird sich deshalb zum Ausflaggen ihrer Schiffe entscheiden müssen. Diese Entwicklung wäre für die Schweiz mit Blick auf die Landesversorgung sehr bedenklich. Die durch die jüngste Bürgerschaftsaktion zur

Finanzierung von Hochseeschiffen (Bundesbeschluss vom 4. Juni 1992, BBl 1992 III 1004) angestrebte Erhöhung der unter Schweizer Flagge zur Verfügung stehenden Tonnage würde zunichte gemacht oder gar ins Gegenteil verkehrt.

Die Quellenbesteuerung der Seeleute ist weder europa- noch weltkonform. Alle Seenationen kennen eine faktische oder direkte Steuerbefreiung. Die EU empfiehlt ihren Mitgliedern ausdrücklich, Seeleute nicht zu besteuern.

Gegenwärtig sind etwa 350 Mann auf Schweizer Hochseeschiffen beschäftigt. Die meisten von ihnen sind Ausländer, d. h. ohne Wohnsitz in der Schweiz. Der grösste Teil unter ihnen stammt aus Ländern ohne Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz (Kroatien, Slowenien, baltische Staaten, GUS-Staaten, Chile). Ihre geschätzten Steuerablieferungen an den Bundesfiskus dürften – nach Auffassung der Steuerverwaltung – vermutlich bei etwa 100 000 Franken liegen. Aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes werden aber auch Kantone und Gemeinden einen gleich grossen oder höheren Anteil anfordern. Diese Angaben sind hoch genug, um zur Ausflaggsaktion der Reedereien zu führen. Dies muss vermieden werden.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*vom 19. Oktober 1994*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

*du 19 octobre 1994*

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

*Überwiesen – Transmis*

94.3472

**Motion Columberg**

**Sparmassnahmen. Verzicht auf übertriebene staatliche Vorschriften**

**Mesures d'assainissement. Suppression des normes superfétatoires**

*Wortlaut der Motion vom 7. Oktober 1994*

Der Bundesrat wird aufgefordert, gesetzliche Bestimmungen und staatliche Vorgaben zur Aufgabenerfüllung auf ihre wirtschaftliche Effizienz zu prüfen. Insbesondere ist zu ermitteln, ob Bundesvorgaben an Kantone und Gemeinden – aufgrund eines zu komplexen Verfahrens und/oder eines übertriebenen Perfektionismus – eine Verteuerung der Vorhaben bewirken und ob eine staatliche Aufgabe mit geringerem Aufwand ebenfalls sinnvoll erfüllt werden kann.

Der Bundesrat wird ersucht, die eidgenössischen Räte in geeigneter Form über das Ergebnis seiner Bemühungen zu informieren und ihnen allenfalls sich aufdrängende Gesetzesänderungen zu unterbreiten.

*Texte de la motion du 7 octobre 1994*

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner si les dispositions légales et les conditions de l'exécution des tâches de l'Etat remplissent des critères de rentabilité. Il calculera notamment si les conditions imposées par la Confédération aux cantons et aux communes renchérissent les projets, en raison de la complexité des procédures ou d'un excès de perfectionnisme, et si les tâches de l'Etat ne peuvent être remplies aussi bien à moindres frais.

Le Conseil fédéral informera les Chambres fédérales en bonne et due forme des résultats de ses travaux et leur proposera en cas échéant les modifications de loi nécessaires.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Baumberger, Caccia, David, Engler, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Hari, Hildbrand, Iten Joseph, Keller Anton, Kühne, Loeb François, Maeder, Raggenbass, Ruckstuhl, Schnider, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Stalder, Vetterli, Wick (22)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Schweiz befindet sich in einer schweren Finanzkrise. 1993 betrug das Defizit der öffentlichen Hand rund 16 Milliarden Franken. Für die Jahre 1994–1997 ist beim Bund mit Defiziten von 6 bis 9 Milliarden Franken pro Jahr zu rechnen. Eine ungebremste Zunahme der Staatsverschuldung hat eine steigende Zinsenlast der öffentlichen Haushalte zur Folge und schränkt nach und nach den Handlungsspielraum unseres Staates wesentlich ein.

Ungefähr die Hälfte des Bundesdefizites, 4 Milliarden Franken, kann als strukturelles Defizit bezeichnet werden. Da das gegenwärtige strukturelle Defizit des Bundes, aber auch der Kantone und Gemeinden in erster Linie auf das übermässige Ausgabenwachstum in den letzten Jahren zurückzuführen ist, müssen Einsparungen bei den Konsumausgaben, nicht aber bei den Investitionen erfolgen.

Es ist deshalb entscheidend, dass die Aufgaben der öffentlichen Hand periodisch auf ihre Notwendigkeit und wirtschaftliche Effizienz überprüft werden. Die im Verlaufe der Zeit immer komplizierter gewordenen staatlichen Vorschriften sowie schwerfällige Verfahrensabläufe erhöhen die Anforderungen an die Aufgabenerfüllung massiv. In einzelnen Bereichen werden sehr hohe Standards gefordert; technische Anforderungen gehen gelegentlich ins Unermessliche und grenzen an Schikanen. Die dadurch erzielten Verbesserungen sind marginal und stehen in keinem Verhältnis zur grossen Mehrarbeit bzw. zum erheblichen Mehraufwand.

Um einen effizienten Einsatz finanzieller, aber auch personeller Ressourcen zu gewährleisten, drängt sich eine kritische Durchforstung staatlicher Vorschriften und Verfahrensabläufe auf. Bei der Prüfung konkreter Projekte beruft sich die Verwaltung immer wieder auf bundesrätliche Verordnungen mit übersetzten und perfektionistischen Anforderungen. Unter dem Gesichtspunkt der optimalen Aufgabenerfüllung müssen deshalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung verpflichtet werden, ihren Vorgesetzten Vorschläge für Vereinfachungen und Einsparungen zu unterbreiten. Der Bundesrat muss allfällige gesetzliche Bestimmungen (Verordnungen) anpassen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 23. November 1994*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 23 novembre 1994*

Der Bundesrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

*Überwiesen – Transmis*

94.3429

**Motion Graber**

**Ausgabenbremse durch Abbau der gesetzlichen Vorgaben**

**La maîtrise des coûts. Déréglementation**

*Texte de la motion du 6 octobre 1994*

Dans le cadre des mesures d'assainissement des finances fédérales, le Conseil fédéral est invité à soumettre au Parlement une série de mesures visant à diminuer les coûts par une réduction des exigences normatives.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aubry, Bezzola, Bonny, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Comby, David, Dettling, Dreher, Ducret, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Gobet, Gros Jean-Michel, Gysin, Hegetschweiler, Kern, Leuba, Loeb François, Moser, Narbel, Philipona, Pidoux, Poncet, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Spoerry, Stamm Luzi, Steinegger, Steineemann, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Tschopp, Tschuppert Karl, Wanner, Zwahlen (47)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Les mesures d'assainissement déjà prises ou envisagées visent surtout à assainir les finances fédérales par:

– un transfert de charges sur les cantons ou d'autres bénéficiaires;

– une augmentation de recettes.

Ces mesures n'ont pas suffisamment d'influence sur la maîtrise des coûts. Une analyse systématique des lois et ordonnances générant des coûts devrait être entreprise. Elle devrait déboucher sur des solutions concrètes et réalisables à court terme.

Les exigences de la Confédération engendrent des coûts qui ne sont plus supportables par les budgets cantonaux ou communaux, mais également pour la Confédération, et plus particulièrement dans les rubriques «contributions à des investissements» et «contributions à des dépenses courantes».

A titre d'exemple, l'application des normes européennes dans le domaine du traitement des fumées des installations d'incinération d'ordures, plutôt que l'application de normes suisses notoirement plus sévères, permettrait des gains de plusieurs dizaines de millions, tant pour les investissements que pour les frais d'exploitation, y compris pour la Confédération, autorité subventionnante.

Dans le secteur des contributions routières ou immobilières, les exigences légales conduisent parfois à des réalisations luxueuses empêchant des projets utiles.

Récemment encore, le Conseil fédéral Ogi expliquait au Conseil des Etats que les importants dépassements de crédit du «Rail 2000» étaient en grande partie imputables à de nouvelles exigences écologiques.

Pour les secteurs dans lesquels une révision des normes s'avère trop difficile ou impossible, le Conseil fédéral est prié de respecter «un moratoire normatif» en reportant des exigences légales que la Confédération est dans l'impossibilité d'assumer financièrement.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*vom 23. November 1994*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 23 novembre 1994*

Le Conseil fédéral est prêt à accepter la motion.

*Überwiesen – Transmis*

*Wortlaut der Motion vom 6. Oktober 1994*

Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament im Rahmen der Massnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes Vorschläge für einen Abbau der gesetzlichen Vorgaben zu unterbreiten, damit die Ausgaben gesenkt werden können.

## **Motion Columberg Sparmassnahmen. Verzicht auf übertriebene staatliche Vorschriften**

## **Motion Columberg Mesures d'assainissement. Suppression des normes superfétatoires**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3472
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2465-2466
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 953

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.